



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild**
SPD

Für die Stabilisierung der Kommunen: Gewerbesteuerausfälle 2021 ersetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Rettungsschirm zur Kompensation der Gewerbesteuerausfälle 2021 für die Kommunen aufzuspannen. Dabei müssen die Gewerbesteuerausfälle 2021 pauschal ausgeglichen werden, damit die Kommunen sicher durch die Krise kommen.

Begründung:

2020 haben Bund und Länder zu gleichen Teilen die Verluste der Kommunen bei der Gewerbesteuer kompensiert. Die Gemeinden wurden insgesamt mit 2,398 Mrd. Euro unterstützt. Dadurch konnte erreicht werden, dass die Kommunen bei den Investitionen keine Vollbremsung hinlegen mussten. Trotz verbesserter Konjunkturaussichten rechnen die Spitzenverbände auch 2021 mit einem Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen um ca. 20 Prozent. Es fehlen in den kommunalen Haushalten 1,68 Mrd. Euro. Die Leistungsfähigkeit der Kommunen muss unbedingt weiter sichergestellt werden. Der Freistaat muss daher unverzüglich einen entsprechenden Rettungsschirm über die Kommunen aufspannen, um die Gewerbesteuerausfälle 2021 zu kompensieren. Diese Kompensation trägt auch zu einer Stabilisierung der Umlagekraft bei und mindert den Druck auf die Kreis- und Bezirksumlagen.